

Rieser Tageblatt



Druckerscheit
Tageblatt Riesa.
Hauptstr. 90.
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa befähigterseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1580.
Direktion:
Riesa Nr. 52.

Nr. 38.

Dienstag, 14. Februar 1933, abends.

86. Jahra.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Aufstellungsgeld). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Verzögerungen der Pöste und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Stellen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; jeitrauender und tabellarischer Satz 50%, Kusschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Besetzungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Redaktionsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Wahlkampf en bloc.

Die deutschen Wähler unter Trommelfeuer.

Mit der ganzen Präzision unserer heutigen Technik rollt seit dem Wochenende die Feuerwalze der Wahlpropaganda durch Deutschland. Es gibt in unseren Tälern, Hügeln und Bergen keinen Ort, wo man ihr ausweichen könnte. Wo ein Lautsprecher angebracht wird, rauscht der Lautstrom aufwühlender politischer Leidenschaft ins Freie. Alle unsichtbaren elektrischen Strahlen schwingen und telegraphieren Politik. Allein der Reichsfunkler spricht zu Millionen. Es gibt in ganz Deutschland keinen Menschen, zu dem nicht irgendwann einmal in den nächsten drei Wochen seine Stimme dränge. Und wenn er verstummt, sprechen die anderen, die Minister, Reichsbeamten, Staatssekretäre, Beamten und Abgeordneten bis herab zu den unbekanntesten Wahlkämpfern, die in den Unterhaltungsstunden und Zwischenspielen der deutschen Sender ständig mit überaus lebhaften Stimmen aufwarten.

Diesem Wahlkampf ohne Gleichen entspricht auch die Wahlpolitik. Sie ist eine grundsätzlich andere als in früheren Jahren. Nur noch bei den letzten Reichstagswahlen um Programme gerungen, um Rezepte, die der Not wehren sollen, um klar umrissene Wege, die aufwärts führen könnten, so ist es heute mit derartigen konkreten Kämpfen um praktische Ziele vorbei. Die neue Reichsregierung fordert nicht als Vertrauen. Ihre Führer sprechen bewusst von keiner Einzelmaßnahme, von keinem Programm, das in die Zeit nach dem 5. März hineinreicht. Sie fordern einen Wandel an ihrer Sendung, der fast eine Art politischer religiöser Konfession darstellt, ein Herzensbekenntnis, das sich von allen Überlegungen und parlamentarischen Skrupeln des Mittelstands und Mittelplans befreit hat.

In einer solchen Politik aus dem Glauben, aus der Weltanschauung heraus, past das alte Parteienchema nicht mehr. Daher überall der Drang zur Blockbildung, zur Überwindung der Einseitigkeit. Freilich, so wie der Blockgedanke dem Bischof von Paderborn vorwebte, ließ er sich nicht verwirklichen. Von der NSDAP bis zu den Christlich-Sozialen war höchstens ein Burgfrieden, aber kein eigentliches Wahlbündnis zu knüpfen. Aber selbst die Gegner des neuen Regierungssystems konnten sich der Blockbildung und Vermählung der Fronten nicht enthalten. Obwohl die SPD und KPD getrennt markieren, gehören sie doch irgendwie zusammen. Und selbst das Zentrum kämpft heute mehr denn je als gesamtdeutsche Partei. Es vertritt einen katholischen Block, obwohl — vielleicht — gerade weil der Kampfblock Schwarz-Weiß-rot so stark dagegen Front macht.

Dass die Mehrheit des Blockgedankens, besonders in der Front der Rechten, auch in Erscheinung tritt, ist bei einer so schwierig gestarteten und überaus lebhaften Wahlkampf nicht zu verwundern. Dafür sind wir in Deutschland. Zwischen der NSDAP und ihren Bundesgenossen, den Deutschnationalen und dem Stahlhelm, lebt nicht nur Freundschaft, sondern auch Voracht und Mißtrauen. Sehr scharf warnte besonders Dr. Eugenberg vor einem deutschen Volkseinheitsblock, der, wenn auch noch so national, Deutschland zerföhren würde. Seine Worte wurden durch sehr apokalyptische Neußerungen aus dem Lager der Nationalsozialisten hervorgerufen, die recht ernsthaft die Möglichkeit einer baldigen „Abhaltung“ der Deutschnationalen erörterten. Ähnlich warnend sprachen Duesterberg, Seidte und Papen. Diese Töne werden aller Voraussicht nach im Wahlkampf nicht verstummen. Sie werden eine Art ungewollter Begleitmusik bilden, deren Themen in der Wahlkampf der Gegner widerhallen werden.

Trotz dieser unangelegenen Energie der Wahlpropaganda, der Absolutheit und Schroffheit der Forderungen und der Verneinung der Wahlkampf ist das Wahlergebnis so ungewiß wie nur je. Adolf Hitler hofft darauf, daß seine Partei allein eine Mehrheit von 52 bis 54 Prozent erringen wird. Bei den Deutschnationalen und dem Christlich-nationalen Wahlblock glaubt man das Gegenteil. Was wirklich am 5. März wird, weiß keiner. Unter diesen Umständen haben gewisse Stimmen aus dem Regierungslager besondere Bedeutung, die schon vor der Wahl davon sprachen, daß keine Entscheidung der Wähler die Innehaltung des jetzigen Regierungssystems und die spätere Auskultung des Parlaments verhindern könne. Hier werden Ziele proklamiert, die den ganzen Wahlkampf mit seiner Rieserpropaganda letztlich als unfruchtbar und zwecklos hinstellen. Auch über diese Stimmen wird erst der 5. März die Entscheidung fällen können. Vorläufig wird noch gekämpft. Leider nicht nur mit Mund und Lautsprecher, sondern auch mit Revolver und Messer; leider auch hier en bloc.

Sitzung des Reichstabinetts

um die Erweiterung des Volkstreckungsschubes.

Berlin. (Funkdruck.) Die in Berlin anwesenden Mitglieder der Reichsregierung sind heute vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengekommen. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung stehen die Vorschläge zur Erweiterung des Volkstreckungsschubes, ferner das Problem der Stadtrandbebauung und die Frage der Rentenerhöhung.

Ueberwachungsausschuß erneut aufgefliegen.

Ein Abgeordneter der Deutschen Volkspartei tödlich angegriffen.

Berlin. (Funkdruck.) Unter Beteiligung der Vertreter aller Parteien trat der Reichstagsausschuß zur Wahl der Rechte der Volkspartei unter dem Vorsitz des Abg. Lohse heute Dienstag mittag wieder zusammen. Als Vöbe die Sitzung für eröffnet erklärte, legte bei den Nationalsozialisten tosender Sturm ein, der minutenlang andauerte. Lohse gelang es nicht, eine Erklärung vor dem Ausschuss abzugeben.

Abg. Dr. Frank II (Nat.-Soz.) erhob sich darauf von seinem Platz, um eine Erklärung abzugeben. Ich stelle fest, so führte er aus, daß der Vorsitzende nicht im Stande ist, die Sitzung zu leiten, weil die größte Fraktion des Hauses und damit die Vertreter des deutschen Volkes es nicht zulassen wird, daß ein Marxist und Verleumder weiter die Ausschussverhandlungen leitet. Da der Vorsitzende somit verhindert wird, den Ausschussvorsitz zu führen, übernehme ich als stellvertretender Vorsitzender die Leitung der Verhandlungen. Dr. Frank begab sich gleichzeitig an dem Platz des Vorsitzenden Lohse und verdrängte diesen von seinem Platz, um selbst den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen. Die Vertreter der Sozialdemokraten und Kommunisten versuchten darauf den Saal.

Der stellvertretende Vorsitzende Dr. Frank eröffnete darauf nochmals die Sitzung und zwar mit einem Nachruf für die Opfer der Katastrophe von Neunkirchen. Ich erkläre, so führte er aus, daß in diesen Tagen eine erschütternde Nachricht durch Deutschland gegangen ist. Eine unangelegene Katastrophe hat im Saargebiet einige 70 Tote erfordert. Wir, die Vertreter des deutschen Volkes, beteiligen uns an dem Gedenken unserer Saardeutschen. Wir sind überzeugt, daß die nationale Regierung ihre Pflicht erfüllen wird, um diesen Unglücklichen aller Deutschen zu helfen. Ich stelle fest, daß der Ausschuss in seiner Mehrheit diese, meine Erklärung billigt und erklärt die Sitzung des Ausschusses zum Zeichen der Trauer für geschlossen.

Die Sozialdemokraten und Kommunisten wurden, als sie den Saal verließen, von den Nationalsozialisten tödlich angegriffen. Er erhielt einen Faustschlag in den Rücken. Als er sich das energisch verbat, wurde er von den Nationalsozialisten aus dem Saal gedrängt. Unter allgemeiner Unruhe gingen die Ausschussmitglieder auseinander.

Berlin. (Funkdruck.) Zu dem Bericht über den Ueberwachungsausschuß ist berichtend festzustellen, daß der Abgeordnete Morath (Deutsche Volksp.) nicht etwa mit den Sozialdemokraten und Kommunisten die Sitzung verlassen wollte, sondern daß er sich erst zum Ausgang begeben hat, nachdem der stellvertretende Vorsitzende Dr. Frank die Sitzung geschlossen hatte.

Im Anschluß an die Sitzung des Ueberwachungsausschusses hielten die Vertreter der Sozialdemokraten mit den Vertretern der Mittelparteien eine Sonderbesprechung ab, um zu den Vorkämen im Ausschuss Stellung zu nehmen und über das weitere Vorgehen zu beschließen. Der volksparteiliche Abg. Morath, der im Ausschuss tödlich angegriffen worden ist, hat sich sofort mit dem Parteiführer Dingeldey in Verbindung gesetzt, um auf diesem Wege eine parteiamtliche Beschwerde beim Reichstagspräsidenten vorbringen zu lassen.

Telegraphischer Protest der Deutschen Volkspartei.

Berlin. (Funkdruck.) Wie das Nachrichtenbüro des Vöb. erfährt, hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Dingeldey, nach Bekanntwerden der Vorgänge im Ueberwachungsausschuß des Reichstages sofort beim Reichstagspräsidenten Göring und beim Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, dem Reichstagsminister Dr. Frick, telegraphisch höchsten Einspruch erhoben und volle Genugtuung verlangt.

Das Zentrum protestiert.

Berlin. (Funkdruck.) Wie das Nachrichtenbüro des Vöb. erfährt, hat sich für die Mitglieder des Zentrums der Abg. Wegmann mit einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten Göring gewandt und ihm unter Hinweis auf seine verfassungsmäßigen und geschäftsordnungsmäßigen Pflichten in dringender Form ersucht, dem Ausschuss die Ausübung seiner verfassungsmäßigen Rechte zu ermöglichen. Im Zentrumstreifen wird weiter zu den Vorgängen im Ausschuss erklärt, daß durch die erneute Sprengung des Ausschusses die Untersuchung des Döblich-Skandals und wichtiger Zentrumsanträge umwälzend gemacht sei. Es sei eine, als ob die Nationalsozialisten eine weitere Behandlung der Döblich nicht wünschten. Das Zentrum hatte im einzelnen Anträge zu dem Neunkirchner Unglück, ferner auf Aufhebung der Rotverordnung zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen über die Sicherung der Wahlfreiheit und endlich einen Antrag eingebracht, den Mißbrauch des Rundfunks für einseitig parteipolitische Zwecke sofort abzustellen.

Wie das Nachrichtenbüro des Vöb. weiter hört, sollen die Proteste der einzelnen Parteien gemeinsam dem Reichstagspräsidenten Göring übermitteln werden. Es ist ferner beabsichtigt, dem Reichspräsidenten von Hindenburg von den Vorgängen Kenntnis zu geben.

Neunkirchen in Trauer.

Neunkirchen. (Funkdruck.) Neunkirchen liegt in tiefer Trauerstimmung. Die letzten Vorbereitungen werden getroffen zu der letzten Fahrt der 56 Toten.

Tausende von Trauergeister sind aus allen Teilen des Saargebietes, des angrenzenden Reiches und französischen Gebietes nach Neunkirchen geeilt. Die Regierungskommission hat den größten Teil des Landjäger-Corps und eine große Abteilung Saarbrücker Schupo hierher dirigiert, um die Absperrungsmaßnahmen durchzuführen. Auch die Feuerwehrräte haben politische Befugnisse erhalten, um evtl. Ruhestören entgegenzutreten.

Man hatte ursprünglich vorgesehen, daß die Schulkinder in den Straßen Spalier bilden sollten, durch die sich der Zug bewegt. Man ist aber aus Gründen der Sicherheit davon wieder abgekommen.

Um 9 Uhr vormittags fand der Trauergottesdienst in verschiedenen Kirchen statt, an denen auch die Vertreter der Reichsregierung und der sonstigen Behörden teilnahmen. Um 1 Uhr mittags hat man die inneren Straßen um den Markt und die Postendammstraße für jeglichen Verkehr gesperrt.

Die Trauerfeier.

Neunkirchen. (Funkdruck.) Eine unübersehbare große Trauerverammlung hatte sich heute nachmittag in der Christuskirche und auf dem Platz vor ihr versammelt. Riesige Blumenpenden bedecken die schlichten braunen Särgen.

Als Vertreter der Reichsregierung sind Reichsminister von Papen und Reichsarbeitsminister Seidte anwesend. Auch eine französische Offiziers-Abordnung ist erschienen. Mit einem Trauermarsch von Weichosen begann die Feier. Nach einem Lied des Arbeiterjugendbundes sprach der Generallieutenant der Rheinprovinz, D. Stoltenhoff (Koblenz). Er innerte daran, daß kaum das Leid, das die furchtbare Grubenkatastrophe im Jahre 1930 über das Land an der Saar brachte, verblaßt sei und schon wieder furchtbar schmerzliche Entsetzen durch Herz und Glieder. In enger Verbundenheit mitführender und mittragender Liebe habe die ganze deutsche Heimat zu allen so schwer Heimgefahrten. Je finsterner der Tag und je undegreiflicher unter Erleben, desto schmerzlicher mühten wir unsere Hände durch die schier undurchdringlichen Wälder äußerer und innerer Bedrängnis emporheben. Alles sei zu überwinden durch die Kraft dessen, der die Menschheit geformt habe: Gott. Gott gebe, so schloß Stoltenhoff, daß die gegenwärtige Trauervergänger auf dem Markt von Neunkirchen für alle ein tiefendringlicher Ruf sei, hin zu dem, der das unerhörte gewaltige Wort sprechen durfte: Ich bin die Auferstehung und das Leben.

Anschließend sprach der Weihbischof Moench-Trier zur Trauerverammlung.

Dann setzte sich der Trauertzug unter dem Geläut der Glocken der Kirchen zur Beisetzung nach dem katholischen und protestantischen Friedhof in Bewegung.

Die Einnahmen und Ausgaben des Landes Sachsen im Dezember 1932.

Dresden. Im Dezember 1932 betragen die Einnahmen des Landes Sachsen im ordentlichen Haushalt 22 329 000 Mark und die Ausgaben 24 796 000 Mark. Die Mehrausgabe beläuft sich demnach auf 2 467 000 Mark.

Zeit Beginn des Rechnungsjahres ist die Mehrausgabe auf 34 096 000 Mark angewachsen. (1932 305 000 Mark Einnahmen und 229 401 000 Mark Ausgaben). Im außerordentlichen Haushalt sind außerdem im Dezember 2 082 000 Mark ausgegeben worden, seit Beginn des Rechnungsjahres insgesamt 12 760 000 Mark. Der Stand der schwebenden Schulden betrug Ende November 1932 256,925 Millionen Mark und hatte sich bis Ende Dezember 1932 auf 264,473 Millionen Mark erhöht.